

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Wissenschaft (21. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Gerd Andres, Konrad Gilges,
Gerlinde Hämmerle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5989 —**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Gerd Andres, Konrad Gilges,
Gerlinde Hämmerle, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/2858, 12/4986 —**

**Situation ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssektor
und ihre Integrationschancen in unserer Gesellschaft**

A. Problem

Berufsorientierung und Berufsausbildung ausländischer Jugendlicher in unserer Gesellschaft.

B. Lösung

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, ihre Arbeit — im Zusammenwirken mit allen bildungspolitisch Verantwortlichen — nach verschiedenen Schwerpunkten auszurichten.

Außerdem soll sie aufgefordert werden, die Bildungs- und Ausbildungsprobleme ausländischer Jugendlicher im jährlich vorzulegenden Berufsbildungsbericht stärker zu berücksichtigen und dabei darzustellen, mit welchen Modellen, Förderungskonzeptionen, Kooperationsformen und Finanzmitteln der Benachteiligung ausländischer Jugendlicher im Bildungs- und Ausbildungssystem entgegengewirkt werden solle.

Mehrheitliche Ablehnung im Ausschuß

C. Alternativen

Eine Entschließung der Koalitionsfraktionen im Ausschuß (Nummer 2 der Beschlußempfehlung) wurde angenommen.

D. Kosten

wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Entschließungsantrag — Drucksache 12/5989 — abzulehnen;
2. folgende Entschließung anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Die Integration der ausländischen Familien in Deutschland ist ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel, das von allen gesellschaftlich relevanten Gruppen unterstützt wird. Der Deutsche Bundestag begrüßt alle Maßnahmen der Bundesregierung, die geeignet sind, die Integration der Ausländer zu fördern und die Bedingungen und Möglichkeiten zu verbessern, sich in die wirtschaftliche, soziale und rechtliche Ordnung in Deutschland einzufügen und gleichberechtigt am sozialen Leben in Deutschland teilzunehmen.

In diesem Zusammenhang gehört es zu den wichtigsten Integrationsaufgaben, ausländischen Kindern und Jugendlichen, soweit wie möglich, die gleichen Chancen wie deutschen zu verschaffen. Integration ist um so erfolgreicher, je frühzeitiger sie beginnen kann. Soziale Integration heißt vor allem berufliche Integration. Eine solche Förderung und Unterstützung muß in einen Gesamtzusammenhang eingebettet und langfristig angelegt sein. Sie kann nicht auf die berufliche Bildung und Ausbildung begrenzt werden. ‚Chancengleichheit‘ macht es vielmehr erforderlich, Förderung bereits im Vorschul- und Schulbereich anzusiedeln. Elternarbeit gewinnt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung.

Integration erfordert Bereitschaft auf beiden Seiten. So berechtigt der Anspruch der ausländischen Familien auf Toleranz und Verständnis ist, so unverzichtbar ist die Bereitschaft der ausländischen Eltern, sich auf Grundwerte und Regeln unserer Verfassung und des sozialen Lebens einzustellen und die vorhandenen Angebote zur Förderung ihrer Kinder frühzeitig wahrzunehmen.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die in der Antwort der Bundesregierung dargestellten Bemühungen der vielen beteiligten Träger und Einrichtungen, ausländische Jugendliche zu einer Berufsausbildung zu bewegen. Sie haben dazu geführt, daß die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher in den letzten zehn Jahren verdoppelt werden konnte. Der Bericht macht allerdings auch deutlich, daß die Fortführung der Maßnahmen erforderlich ist und daß nur komplexe, differenzierte Beratungs-, Förderungs- und Unterstützungsarbeit der angemessene Weg sein kann, den Jugendlichen in ihrer je nach Einreisealter, Aufenthaltsdauer, Vorbildung, Aufgeschlossenheit für neue Gegebenheiten und familiärem Rückhalt unterschiedlichen Situation gerecht zu werden.

Der Deutsche Bundestag

- nimmt mit Befriedigung die bisher erzielten Fortschritte zur Kenntnis, die bei der Integration ausländischer Jugendlicher im Zusammenwirken aller zuständigen Behörden und Stellen erreicht worden sind;
- ist der Auffassung, daß Förderungsmaßnahmen langfristig angelegt, jedoch im Einzelfall differenziert den Bedürfnissen unterschiedlicher Ausländergruppen angepaßt werden müssen;
- fordert die Bundesregierung auf, im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen die spezifischen Förderungsprogramme für ausländische Familien und Jugendliche fortzuführen und zugleich auch andere allgemeine Förderungsmaßnahmen für ausländische Jugendliche offen zu halten;
- fordert die Bundesregierung auf sicherzustellen, daß Kenntnisse und Erfahrungen, die in Modellversuchen gewonnen worden sind, verbreitet und in die Praxis umgesetzt werden;
- fordert die Bundesregierung auf, Möglichkeiten zum kontinuierlichen Erfahrungsaustausch für diejenigen sicherzustellen, die in der Beratung ausländischer Jugendlicher vor und während der Berufsausbildung tätig sind;
- fordert die Bundesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Berufsberatung verstärkt auch für die Beratung ausländischer Jugendlicher und der Eltern hinsichtlich der Aufnahme einer beruflichen Ausbildung der ausländischen Jugendlichen genutzt wird."

Bonn, den 23. Juni 1994

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft

Eckart Kuhlwein
Vorsitzender

Wolfgang Meckelburg
Berichterstatter

Doris Odendahl
Berichterstatterin

Dirk Hansen
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Wolfgang Meckelburg, Doris Odendahl und Dirk Hansen

Die Vorlage — Drucksache 12/5989 — wurde dem Deutschen Bundestag am 27. Oktober 1993 zugeleitet. Sie wurde in der 185. Sitzung am 28. Oktober 1993 an den Ausschuß für Bildung und Wissenschaft zur federführenden sowie an den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, an den Ausschuß für Familie und Senioren und an den Ausschuß für Frauen und Jugend zur mitberatenden Behandlung überwiesen.

Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat in seiner Sitzung am 2. Februar 1994 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste — die Vorlage abgelehnt.

Der Ausschuß für Familie und Senioren lehnte in seiner Sitzung am 2. Februar 1994 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS/Linke Liste — bei Abwesenheit der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN — die Vorlage ab.

Der Ausschuß für Frauen und Jugend lehnte in seiner Sitzung am 24. Februar 1994 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste — die Vorlage ebenfalls ab.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft beriet die Vorlage abschließend in seiner 75. Sitzung am 23. Juni 1994 und empfahl dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD — bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste — Ablehnung der

Vorlage auf Drucksache 12/5989 sowie Annahme einer Entschließung der Koalitionsfraktionen.

Die Fraktion der SPD erklärte, während ihr Antrag konkrete Forderungen enthalte, sei die vorgelegte Entschließung der Koalitionsfraktionen unverbindlich und daher für die Fraktion der SPD nicht annehmbar. Es habe sich gezeigt, daß Koalition und Opposition unterschiedliche Zeitvorstellungen für die Umsetzung ihrer Auffassungen hätten. In der Entschließung der Koalitionsfraktionen vermisse man auch Angaben über die besondere Situation ausländischer Mädchen und über die Unterstützung des Handwerks bei der Ausbildung ausländischer Mädchen und Jungen.

Die Fraktion der CDU/CSU erklärte, sie könne dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD nicht zustimmen. Es sei beispielsweise unzumutbar, der Formulierung zuzustimmen, daß die Bundesregierung „die Chance zur Darstellung innovativer Konzepte vertan“ habe und „keine Prioritäten einer berufsbildungspolitischen Konzeption erkennen“ lasse. Außerdem enthalte der Antrag der Fraktion der SPD zu viele innovative Formulierungen wie z. B. Multikultur, Bikultur und Migrationspädagogik.

Die Fraktion der F.D.P. wies darauf hin, daß die von den Koalitionsfraktionen vorgelegte Entschließung es nicht darauf anlege zu trennen. Man setze sich ausdrücklich für eine gleichberechtigte Teilnahme ausländischer Jugendlicher am sozialen Leben ein.

Der Ausschuß für Bildung und Wissenschaft bittet den Deutschen Bundestag, dem Votum des Ausschusses zu folgen.

Bonn, den 23. Juni 1994

Wolfgang Meckelburg
Berichterstatte

Doris Odendahl
Berichterstatte

Dirk Hansen
Berichterstatte

